

Sicherheitsmärkte in Postkonfliktgesellschaften: Implikationen für Interventionen

Daniel Lambach

Am 31. Juli 2007 hat der UN-Sicherheitsrat beschlossen, eine 26.000 Mann starke Friedenstruppe nach Darfur zu entsenden, die dort eine Mission der Afrikanischen Union ablöst. Das sind 9.000 Mann mehr als bei der bisher größten UN-Friedenstruppe in Afrika, der *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo* (MONUC) in der DR Kongo.

Analyse:

Seit 1989 hat die Zahl internationaler Militärinterventionen in Postkonfliktgesellschaften drastisch zugenommen. Zu den Zielen dieser Interventionen gehört auch immer eine Unterbrechung der Kampfhandlungen. Dies geschieht dann, wenn es den Interventionsstruppen gelingt, den Sicherheitsmarkt zu monopolisieren. Dafür stehen die Aussichten gut, wenn alle Konfliktparteien einem Friedensabkommen und einem Entwaffnungsprogramm zugestimmt haben. Das ist aber längst nicht immer der Fall.

- Die Erwartungen an Interventionsstreitkräfte sollten nicht überfrachtet werden. Bestenfalls ist eine kurzfristige Befriedung möglich, die die Grundlage für eine langfristige Transformation der Gewaltstrukturen bietet.
- Auf dem Sicherheitsmarkt treten Interventionskräfte parallel zu einheimischen Akteuren auf, die für die Bürger wichtige Schutzgaranten darstellen könnten.
- Ein inklusives Friedensabkommen ist eine Grundvoraussetzung für eine gewaltfreie Postkonfliktordnung. Liegt dies nicht vor, ist eine deutlich stärkere militärische Präsenz notwendig, um die Konfliktparteien abzuschrecken.
- Wo Friedensabkommen oder Entwaffnungsprogramme fehlen, können Interventionsstruppen den Konflikt bestenfalls „einfrieren“, jedoch nicht überwinden. Spätestens nach ihrem Abzug wird der Konflikt erneut ausbrechen.

Key words: Postkonfliktgesellschaft, Intervention, Sicherheitsmärkte, Entwaffnung, Friedensabkommen

1. Einleitung

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Zahl internationaler, von der UN mandatiertes oder direkt durchgeführter Militärinterventionen stark zugenommen. Ende 2006 waren rund 82.100 Soldaten, Polizisten oder Militärbeobachter in insgesamt 18 UN-Missionen weltweit eingesetzt. Zum Vergleich: 1989 bestanden lediglich neun Missionen mit einer Personalstärke von 17.900 Mann. Am 31. Juli 2007 hat der UN-Sicherheitsrat nun beschlossen, eine 26.000 Mann starke Friedenstruppe (*United Nations African Union Mission in Darfur* – UNAMID) in die sudanesischen Unruheprovinz Darfur zu entsenden. Hierbei handelt es sich um eine Hybridmission, die gemeinsam mit der Afrikanischen Union unternommen wird.

Während die Bundesregierung es bislang ausschließt, Bundeswehrtruppen für UNAMID abzustellen, sind über 1.000 deutsche Soldaten, Polizisten und Militärbeobachter an verschiedenen anderen UN-Missionen beteiligt. Der größte Teil davon sind 800 Bundeswehrsoldaten, die im Libanon stationiert sind, hinzu kommen kleinere Kontingente in sechs weiteren Einsatzgebieten. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundeswehr mit rund 2.700 Soldaten an der *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan und mit 2.200 Mann an den Truppen der *Kosovo Force* (KFOR) im Kosovo (beides im Rahmen der NATO). Des Weiteren sind 1.300 Marinesoldaten in der Operation „*Enduring Freedom*“ am Horn von Afrika eingesetzt und weitere 235 Soldaten bilden einen Teil der Mission der *European Union Force* (EUFOR) in Bosnien. Insgesamt befinden sich zur Zeit also rund 6.500 deutsche Soldaten und Polizeibeamte auf Auslandsmissionen.

Die rapide Zunahme an Einsätzen hat bei den Vereinten Nationen große Lernprozesse ausgelöst. Blieben Aufgaben und Mittel von Friedensmissionen von 1947 bis 1989 relativ unverändert, erlebten diese seither mehrere Umbrüche, so dass man inzwischen von Friedenseinsätzen der „vierten Generation“ spricht, die die Einsätze der „ersten Generation“, die noch während des Kalten Krieges unternommen wurden, längst abgelöst haben. Einem ähnlichen Wandel war auch die deutsche Sicherheitspolitik unterworfen, was insbesondere durch die schrittweise Entwicklung von Interventionskapazitäten durch die Bundeswehr verdeutlicht wird.

Über die Effektivität derartiger Militäreinsätze gibt es eine Reihe von Studien, die je nach Ziele-

definition – u. a. Demokratisierung, Stabilisierung, *State-building* – unterschiedliche Ergebnisse zeigen. Unabhängig von den weiteren Zielen dient ein solcher Militäreinsatz grundsätzlich auch immer dem Schutz der Zivilbevölkerung sowie dazu, den Wiederausbruch des Konfliktes zu verhindern. Über die Erreichbarkeit dieser Ziele gibt es jedoch zwei häufige Fehleinschätzungen: Die erste lautet, dass Militäreinsätze nicht mehr erreichen können, als den Konflikt kurzfristig „einzufrieren“. Mit dem Abzug der Interventionstruppen, so dieses Argument, werde der Krieg mit unverminderter Härte wieder aufgenommen. Die zweite geht demgegenüber von einer nahezu unbegrenzten Gestaltungskraft externer Akteure aus. Postkonfliktstaaten befänden sich demnach in einer „Stunde Null“ und könnten von Grund auf neu (und besser) aufgebaut werden. Die Sicherheitsfrage spielt dabei meist nur eine nachrangige Rolle.

Beide Sichtweisen führen unterschiedliche Beispielfälle an, um ihre Argumentation zu untermauern. Die Wahrheit liegt hier wie zumeist in der Mitte: Man darf nicht erwarten, dass mit dem Eintreffen der Interventionstruppen alle Sicherheitsprobleme mit einem Handstreich gelöst seien – dazu sind selbst große und gut ausgestattete Missionen rein quantitativ gar nicht in der Lage. Andererseits eröffnet die Anwesenheit dieser Truppen und die damit einhergehende Unterbrechung der Kampfhandlungen die Chance zu einer nachhaltigen Überwindung des Konfliktes.

2. Der Sicherheitsmarkt

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich Interventionstruppen in ihren Einsatzländern nicht in einem Vakuum bewegen, sondern in einem Umfeld agieren, dessen soziale, kulturelle und historische Rahmenbedingungen den Einsatz entscheidend beeinflussen. Dazu gehört auch, dass es zumeist eine Vielzahl von Gewaltakteuren gibt, die auch nach einem eventuellen Friedensschluss weiterhin präsent sind. Dies umfasst nicht nur die ehemaligen Konfliktparteien (Rebellen, Armee, Polizeikräfte usw.), sondern auch ein diffuses Spektrum, das Milizen, Warlords und Bürgerwehren ebenso wie Gangs und kriminelle Organisationen einschließt.

Diese verschiedenen Akteure stellen für die Zivilbevölkerung sowohl Quellen von Unsicherheit als auch Anbieter von Schutz dar. Dabei bewegen sich die Einheimischen oft in mehreren Sphären:

Ein Ladenbesitzer kann z. B. gleichzeitig Schutzgeld an eine Jugendbande zahlen, sich bei Besuchen auf dem Markt auf den Schutz durch die inoffizielle Marktpolizei verlassen, in seinem Heimatviertel bei einer Selbstverteidigungsgruppe mitwirken und in der Öffentlichkeit von der Präsenz internationaler Truppen profitieren.

Interventionstruppen agieren also auf einem Sicherheitsmarkt, auf dem ihre Schutzdienstleistungen von den Bürgern in unterschiedlichem Maße nachgefragt werden, wobei sie keinesfalls der einzige Anbieter sind (Mehler 2003). Der Hinweis auf marktanalogenes Verhalten ist hilfreich, weil so die Größe und Komplexität des Handlungszusammenhangs verdeutlicht werden, in dem sich die internationalen Truppen bewegen; er sollte aber auch nicht überstrapaziert werden, da einfache Bürger oft nur geringe Auswahlmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Schutzgebern haben. Hinzu kommt, dass Schutzgeber aufgrund ihrer Verfügung über Gewaltmittel automatisch auch eine Bedrohung darstellen, u. U. sogar für denselben Personenkreis (wie das Beispiel der Schutzgelderpressung verdeutlicht).

Die Strukturen des Sicherheitsmarktes haben einen entscheidenden Einfluss auf den Verlauf internationaler Einsätze. Vor Beginn der Mission stellen die Konfliktparteien oligopolistische Schutzanbieter dar.¹ Das Ziel des Einsatzes ist, dieses Oligopol zu durchbrechen und den Sicherheitsmarkt zunächst selbst zu dominieren, um diese Kontrolle perspektivisch an staatliche Kräfte abzutreten. Wie bereits angedeutet, ist jedoch eine vollständige Monopolisierung der Gewalt durch Interventionstruppen ein unrealistisches Ziel. Selbst eine relativ gut ausgestattete Mission wie die liberianische Friedensgruppe UNMIL, die derzeit eine Personalstärke von über 15.000 Mann aufweist, zeigt lediglich in den größeren Städten des Landes eine nennenswerte Präsenz. In ökonomischen Begriffen bedeutet das, dass internationale Truppen bestenfalls die Marktführerschaft übernehmen, jedoch in der Regel kein Gewaltmonopol errichten können. Ein solcher Marktführer deckt mindestens die Hälfte des Angebots ab, zudem hat er entscheidenden Einfluss auf die Spielregeln des Marktes. Auf dem Sicherheitsmarkt bedeutet dies, dass eine Friedensgruppe vielen Bürgern ein alternatives Sicherheitsangebot

macht, was diese möglicherweise aus der Abhängigkeit von anderen Anbietern befreit. Nicht mehr und nicht weniger.

Wo es Friedenstruppen gelingt, sich als Marktführer zu etablieren, sind sie mit „Nischenanbietern“ wie den bereits erwähnten Milizen, Banden usw. konfrontiert. Dabei empfiehlt sich ein pragmatischer Umgang: Wenn derartige Gruppen eine Bedrohung für die Bevölkerung darstellen, sollte entschlossen gegen sie vorgegangen werden. Sind sie jedoch ein unverzichtbarer Teil des individuellen Sicherheitsarrangements von Teilen der Zivilbevölkerung, ist Toleranz – oder sogar Kooperation – die bessere Option.

Die Zuordnung von Gewaltakteuren zu diesen beiden Gruppen sollte aufgrund einer möglichst genauen Lageeinschätzung vor Ort erfolgen. Innerhalb des GIGA-Projektes „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften“ wurden beispielsweise in Liberia und Sierra Leone Umfragen, Fokusgruppen- und Eliteninterviews durchgeführt, um ein möglichst genaues Bild der jeweiligen Sicherheitsmärkte zu erhalten (Basedau, Mehler, Smith-Höhn 2007). Dabei stellte sich heraus, dass die UN-Truppen in beiden Ländern höchstes Ansehen genossen und von der Zivilbevölkerung als wichtigste Schutzmacht angesehen wurden. Daneben gab es andere, zumeist staatliche Akteure, die ebenfalls positiv bewertet wurden, und verschiedene Gruppen (z. B. Kriegsveteranen und Banden), die von der Mehrheit der Befragten klar abgelehnt wurden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnte das Ansehen der meisten Gruppen relativ eindeutig ermittelt werden. Ähnliche Ergebnisse haben Umfragen in anderen Postkonfliktgesellschaften ergeben.

Die Marktführerschaft internationaler Interventionstruppen auf dem Sicherheitsmarkt sollte jedoch nicht zu übertriebenen Hoffnungen verleiten. Eine Veränderung der Marktstrukturen vollzieht sich nur langsam und ist nur bedingt steuerbar. Dies liegt einerseits an Widerständen ehemaliger Konfliktparteien, die ihre Machtposition nur ungern einbüßen wollen. Andererseits liegt dies auch am Verhalten der Zivilbevölkerung, die sich nicht vollständig dem Schutz der Interventionstruppen unterwirft. Derartiges Verhalten ist z. B. aus dem südlichen Afghanistan bekannt, wo die Bürger rational kalkulieren, ob der afghanische Staat in der Lage sein wird, sie auch nach dem Abzug der internationalen Truppen zu beschützen, oder ob sie ihre Sicherheit eher von den Taliban gewahrt sehen.

¹ Ein Oligopol bezeichnet einen Markt, der von wenigen Anbietern dominiert wird, und stellt damit eine Mischform zwischen einem Monopol (ein Anbieter) und einem Polypol (viele Anbieter) dar.

Gelingt es der Interventionsmacht nicht, sich als Marktführer zu etablieren, ist sie beinahe schon von vornherein gescheitert. In diesem Fall eines fortbestehenden Gewaltoligopols kann sie höchstens ein vorläufiges Einfrieren des Konfliktes erreichen, jedoch nicht dessen Transformation. Ein Beispiel für eine derartige Situation ist die Mission der *United Nations Transitional Authority in Cambodia* (UNTAC), die zwischen 1991 und 1993 in Kambodscha die Einhaltung des Pariser Abkommens und die Parlamentswahlen überwachen sollte. Trotz einer massiven Investition von Personal und Ressourcen gelang es der Mission nicht, die Konfliktparteien auf dem Sicherheitsmarkt zu marginalisieren. Bereits 1992 kam es zu erneuten Kämpfen zwischen den Roten Khmer und der Regierung, die sich nach dem Abzug der UNTAC weiter verschärften. Der Konflikt wurde erst 1998 beigelegt, nachdem die Roten Khmer, durch stetigen Kampf ausgelaugt, zunächst in verschiedene Fraktionen zerfielen und dann nach und nach mit der Regierung separate Abkommen aushandelten.

3. Determinanten des Erfolges

Unter welchen Umständen gelingt es einer Friedensmission, eine marktbeherrschende Stellung einzunehmen? Im Rahmen des genannten GIGA-Forschungsprojektes wurden insgesamt sieben Fälle untersucht, in denen internationale Truppen in einem Konflikt- oder Postkonfliktland stationiert wurden: Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Kosovo, Liberia, Mosambik und Sierra Leone. Dabei gelang es Interventionsstreitkräften in fünf Ländern (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Liberia, Mosambik, Sierra Leone), sich – z. T. auch gegen Widerstände – als Marktführer durchzusetzen. In zwei Fällen (Afghanistan, Kambodscha) blieb das Oligopol aus Konfliktzeiten bestehen.

Die Ursachen für diese unterschiedlichen Resultate sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: ob ein alle Kriegsparteien einschließender Friedensvertrag abgeschlossen und ob ein effektives Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm (*Disarmament, Demobilization and Reintegration* – DDR) für Kriegsveteranen durchgeführt wurde. Bei diesen Faktoren handelt es sich um notwendige, nicht um hinreichende Bedingungen. Anders ausgedrückt: Nur in den Ländern, in denen ein Friedensabkommen vorlag, ein DDR-Programm erfolgreich durchgeführt wurde *und* in denen in-

ternationale Truppen die Einhaltung des Friedens sicherstellten, wurden diese Truppen als Marktführer akzeptiert, was wiederum zu einer weitgehenden Einhegung der Gewalt führte.

Der Wert eines Friedensabkommens ist daher nur im Kontext zu bemessen. Zu oft sind entsprechende Verträge wertloses Papier, die von keiner Seite akzeptiert werden. Beispielsweise wurden in Liberia zwischen 1990 und 1996 insgesamt über ein Dutzend Abkommen geschlossen, die jedoch alleamt gebrochen wurden. Ähnliche Erfahrungen liegen auch aus anderen Konfliktstaaten vor.

Erst in Kombination mit einem DDR-Programm entfalten derartige Abkommen auch eine gewisse Bindungswirkung. Indem Konfliktparteien Waffen abgeben und Truppen demobilisieren, signalisieren sie ihren ehemaligen Gegnern, dass sie sich dem Frieden verpflichtet fühlen. Dabei können entsprechende Programme einen großen Umfang erreichen. Beispielsweise wurden in Mosambik rund 80.000 Kriegsveteranen durch die Demobilisierungslager geschleust, wo ihnen Ausbildungsmöglichkeiten angeboten wurden, um sie wieder auf das zivile Leben vorzubereiten. Ferner erhielten sie 18 Monate lang einen „Demobilisierungssold“, den sie über lokale Banken beziehen konnten, um die Wiederansiedlung in Dörfern zu fördern und um zu verhindern, dass die Veteranen aus Not in die Kriminalität abrutschen. Das DDR-Programm in Mosambik war so erfolgreich, dass die neu aufgestellte nationale Armee zunächst nur rund ein Drittel ihrer Sollstärke von 30.000 Mann rekrutieren konnte.

Eine zentrale Erfolgsbedingung für Entwaffnungsprogramme ist jedoch konformes Verhalten aller Konfliktparteien. Verweigert sich eine Partei der Entwaffnung, werden dies die anderen Parteien ebenfalls tun. Dementsprechend sind DDR-Prozesse immer von Misstrauen geprägt, ob der eine oder andere Akteure nicht vielleicht doch Soldaten und Waffen zurückhält. Um dieses Misstrauen zu überwinden und um das DDR-Programm mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, ist internationales Engagement sehr hilfreich. Indem Interventionstruppen die Sicherheit aller am Friedensprozess beteiligten Parteien garantieren, müssen sich diese nicht auf die Zusagen ihrer ehemaligen Feinde verlassen und haben daher auch einen größeren Anreiz, sich auf die Entwaffnung einzulassen. Die Präsenz internationaler Truppen trägt auf diese Weise auch zur Durchsetzung von Friedensabkommen bei.

In Afghanistan ist das zentrale Problem, dass die Taliban vom Friedensprozess ausgeschlossen wurden. Die internationale Gemeinschaft hoffte, die Islamistenbewegung militärisch zu besiegen, um die Nachkriegsordnung nur noch mit gemäßigteren Gruppen aushandeln zu müssen. Dies hat sich leider, wie inzwischen immer deutlicher wird, als Fehlschluss erwiesen. Afghanistan unterscheidet sich von den anderen Fällen (mit Ausnahme des Kosovo) nämlich dadurch, dass hier die internationale Gemeinschaft selbst als Konfliktakteur aufgetreten ist. Unter diesen Umständen wären die Taliban ohnehin kaum auf Entwaffnungsangebote eingegangen; insofern unterscheidet sich die Problemlage auch von den häufigeren Beispielen einer „neutralen“ Intervention.

Im Kosovo war der Westen ebenfalls als Konfliktpartei aufgetreten und konnte einen Waffenstillstand nur nach massivem Druck auf die serbische Seite durchsetzen. Die Aufrechterhaltung des fragilen Friedens gelang nur durch die starke Präsenz der internationalen KFOR-Soldaten. Eine ähnliche Lösung kommt jedoch für Afghanistan nicht in Frage: Um dort eine ähnliche „Sättigung“ wie im Kosovo von 22,7 Soldaten auf 1.000 Einwohner (Stand Ende 1999) zu erreichen, müsste die Zahl internationaler Truppen (ISAF plus Operation „Enduring Freedom“) auf über 700.000 Mann beinahe verfünfzehnfacht werden.

Der Friedensprozess in Kambodscha scheiterte aus anderen Gründen als in Afghanistan. Ein Jahr nach dem Pariser Abkommen weigerten sich die Roten Khmer, ihre Kämpfer in die Entwaffnungslager zu schicken, woraufhin die anderen Konfliktparteien ihre Truppen aus diesen Lagern wieder abzogen. Im Vorfeld der Wahlen 1993 kam es immer wieder zu Kämpfen zwischen verschiedenen Parteien, die aber erst nach dem Abzug der UN-Mission UNTAC in einem offenen Konflikt eskalierten.

Das Scheitern des kambodschanischen Friedensprozesses ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass sich die Roten Khmer als Verlierer des Demokratisierungsprozesses fühlten und sich immer stärker politisch marginalisiert sahen. Ihr Ausscheiden hätte jedoch durch ein entschlosseneres Durchgreifen seitens der UNTAC verhindert werden können. Die UN-Mission war mit über 15.000 Soldaten und 3.300 Polizisten die größte Intervention, die zu dieser Zeit unternommen wurde. Ihre Kernprobleme waren jedoch nicht die unzureichende Größe, sondern vielmehr ein ungenügendes Mandat und zu geringe Erfahrungen im Umgang mit so genann-

ten „Störenfriedern“ (*spoilers*) in Friedensprozessen (Schneckener 2003). Die UNTAC scheiterte letztlich an genau denselben Problemen wie ähnliche Missionen Anfang der 1990er Jahre in Somalia, Angola und Bosnien-Herzegowina. Als Reaktion auf dieses Scheitern wurde schließlich das heute verbreitete Konzept des „robusten Peacekeeping“ entwickelt, das auch ein militärisches Einschreiten gegen Parteien vorsieht, die den fragilen Frieden bedrohen.

Die positiven wie die negativen Fälle zeigen jedoch deutlich, dass die Transformation von Gewaltordnungen eine langwierige Aufgabe ist, was Fälle wie Bosnien-Herzegowina besonders verdeutlichen. Dies ist jedoch nicht unbedingt ein Fehler der Interventionstruppen, sondern liegt in der Natur der Sache – betrachtet man Vergleichsfälle von Postkonfliktstaaten, in denen keine internationale Intervention stattfand (z. B. in Guatemala oder Somaliland), wird man feststellen, dass sich die Sicherheitsmärkte dort auch nur sehr langsam veränderten.

4. Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus dieser Analyse ziehen? Zunächst ist festzustellen, dass militärische Interventionen in Postkonfliktstaaten nur dann Erfolg haben können, wenn sich die Interventionstruppen frühzeitig als Marktführer auf dem Sicherheitsmarkt etablieren. Dies ist eine Grundvoraussetzung für das Gelingen jeglicher weiterer Reformen (Demokratisierung, *Peace-building*, wirtschaftliche Liberalisierung). Dabei ist eine realistische Einschätzung notwendig, ob die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Militärintervention überhaupt gegeben sind oder ob eine Intervention die Konfliktsituation lediglich „einfrieren“ würde (obwohl auch dies ein legitimes Ziel einer Intervention sein kann). Dies erfordert bereits im Planungsstadium möglichst genaue Kenntnisse der Lage sowie der historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Konfliktes.

Wie die sieben Fallbeispiele zeigen, sind Interventionen im Sicherheitsbereich oft erfolgreicher, als gemeinhin angenommen wird. Fälle wie Bosnien oder der Kosovo, die oft (und teils berechtigt) sehr kritisch betrachtet werden, sind in diesem Sektor relative Erfolgsgeschichten. Beispielsweise liegt in Bosnien die Mordrate inzwischen auf westeuropäischem Niveau, wenn auch weiterhin großes Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppen herrscht.

Hier gelangen externe Akteure jedoch einfach an ihre Grenzen; eine umfassende Befriedung ist nicht ohne die volle Kooperation der Konfliktparteien erreichbar. Auch in Mosambik, wo die Qualität der Demokratie seit Ende des Krieges stetig nachgelassen hat, ist die Sicherheitsfrage weitgehend gelöst.

Dabei sollten Interventionskräfte vor Ort ausreichend Entscheidungsspielraum haben, um flexibel auf alternative Sicherheitsarrangements zu reagieren. Die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren kann im Interesse der physischen Sicherheit der Bürger durchaus angeraten sein, zumal dies Kräfte für die Bekämpfung der eigentlichen *spoilers* freisetzt. Der Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren ist jedoch diplomatisch, rechtlich und humanitär problematisch, so dass Interventionskräfte mit Bedacht und Augenmaß vorgehen sollten. Hierfür fehlen jedoch bislang strukturierte Entscheidungshilfen (eine entsprechende Hilfe für entwicklungspolitische Akteure bieten Grävingsholt/Hofmann/Klingebiel 2007).

Interventionskräfte sind daher durchaus dazu geeignet, für eine kurzfristige Einhegung der Gewalt zu sorgen. Weniger erfolgreich war die internationale Gemeinschaft bislang darin, diesen Erfolgen eine gewisse Nachhaltigkeit zu verleihen und den „negativen“ in einen „positiven“ Frieden zu verwandeln. Hier ist die Übergabe der Marktführerschaft an einheimische Kräfte beim Abzug der Truppen ein kritisches Moment, der jedoch bislang kaum wissenschaftlich untersucht wurde. Erfahrungsgemäß brauchen einheimische Sicherheitsorgane selbst bei massiver internationaler Unterstützung mehrere Jahre, bis sie effektiv arbeiten können. Von besonderer Bedeutung ist hier die Polizei, deren Rolle allzu oft noch unterschätzt wird, obwohl die Bürger im Alltag mit ihr am allermeisten zu tun haben. Oft dient sie als Auffanglager für diejenigen Kriegsveteranen, die für eine militärische Karriere zu undiszipliniert oder zu schlecht ausgebildet sind. Diese „Polizisten zweiter Klasse“ sind jedoch ein gravierendes Problem, da sie eine Transformation der Polizei in ein effektives Sicherheitsorgan des Staates und damit einen adäquaten Schutz der Bürger behindern.

Insgesamt sind für eine erfolgreiche Intervention ein klares Mandat und eine ausreichende Truppenstärke notwendig. Dabei kann selbst eine relativ kurze Intervention wie die nur zwei Jahre andauernde *Opération des Nations Unies au Mozambique* (ONU-MOZ) in Mosambik schon hilfreich sein, wenn sie von starken diplomatischen Aktivitäten begleitet

wird. Insbesondere die diplomatische Komponente sollte nicht unterschätzt werden: Tritt die internationale Gemeinschaft den Konfliktparteien mit einer einheitlichen Position gegenüber, sind die Erfolgchancen wesentlich größer als in Fällen, in denen einzelne Konfliktparteien auf den Schutz externer Akteure vertrauen können. Aus diesen Gründen sind auch die Erfolgsaussichten der UNAMID-Mission eher skeptisch zu bewerten.

Die Relevanz diplomatischen Drucks wird dann besonders wichtig, wenn es sich um große Einsatzländer handelt. Während Interventionstruppen in kleineren Gebieten (wie im Kosovo) durch eine „Sättigungsstrategie“ jeglichen Widerstand unterdrücken können, funktioniert dies in Flächenstaaten wie Afghanistan nicht, da dies eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Soldaten erfordern würde. Der einzige Ausweg lautet hier, jeglichen diplomatischen Weg zu nutzen, um die Konfliktparteien zu einer Friedenslösung zu bewegen.

Literatur

Basedau, Matthias / Andreas Mehler / Judy Smith-Höhn (2007): Public Perceptions of Security in Post-conflict Urban Liberia and Sierra Leone. Part I: Liberia – caught between international, state and non-state actors, in: *Journal of Peacebuilding and Development*, Bd. 3, Nr. 2, S. 84-89.

Grävingsholt, Jörn / Claudia Hofmann / Stephan Klingebiel (2007): Entwicklungszusammenarbeit im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Studies No. 24.

Mehler, Andreas (2003): Legitime Gewaltoligopole – eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika, Hamburg: Focus Afrika, IAK Diskussionsbeiträge Nr. 22.

Schneckener, Ulrich (2003): Warum manche den Frieden nicht wollen: Eine Soziologie der Störfriede, Berlin: SWP Diskussionspapier der FG 8, Februar.

■ Der Autor

Dr. Daniel Lambach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg.
E-Mail: lambach@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/lambach>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Dieser GIGA Focus basiert auf Ergebnissen des von der Deutschen Stiftung Friedensförderung geförder-
ten Projektes „Legitime Gewaltoligopole in Nachkriegsgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung
von Liberia und Sierra Leone“, das dem Forschungsschwerpunkt 2 (Gewalt, Macht und Sicherheit) zu-
geordnet ist.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Baker, Bruce (2006): Beyond the State Police in Urban Uganda and Sierra Leone, in: Afrika Spectrum,
Bd. 41, No. 1, S. 55-76.

Macamo, Elísio (2006): Accounting for Disaster: Memories of war in Mozambique, in: Afrika Spectrum,
Bd. 41, Nr. 2, S. 199-219.

Mehler, Andreas (2007): Machtteilung – wohlklingendes Rezept mit vielen Risiken, GIGA Focus Global
Nr. 3.

Mehler, Andreas / Judy Smith-Höhn (2006): Liberia: Ellen in Wonderland?, GIGA Focus Afrika Nr. 5.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM